

Erscheint wöchentlich zweimal mit Illustr. Sportblatt, Illustr. Gratis-Zeitschriften: „Der Weltspiegel“, „Mödenpiegel“, „Kunstspiegel“, „Technische Rundschau“, „Illustrierte...“



Inseraten- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptexpedition SW 100, Rudolf Mosse... Einzelnummern in Berlin 15 Pfg., auswärts 20 Pfg.

# Berliner Tageblatt

Nr. 551  
Ausgabe für Berlin

und Handels-Zeitung

57. Jahrgang  
Mittwoch, 21. November 1923

Abschluss der aussenpolitischen Debatte.

## Starke Mehrheit für Stresemann.

### Misstrauensantrag gegen Stresemann mit 219 gegen 98 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. — Vertagung des Reichstags.

In weiteren Verlauf der gestrigen Reichstagsitzung führte Abg. Dr. Breitscheid (Soz.)

noch aus: Die uns Deutsche wenig befriedigende jüngste Entscheidung der Locarno-Politik ändert nichts daran, dass mit dieser Politik in der allgemeinen Friedenspolitik und Kriegsverhandlung Fortschritte gemacht worden sind, dass jeder Krieg und jede Kriegsgewalt mehr als bisher Angelegenheit aller Völker geworden ist. Wenn Graf Westarp hier sagte, dass die in die Locarno-Politik geknüpften Verheissungen enttäuscht worden seien, so muss festgestellt werden, dass er selbst die Verantwortung für Hoffnung und Enttäuschungen mit übernommen hat, als er bei der Bildung der letzten Reichsregierung die Richtlinien unterschrieb, die die Anerkennung der Locarno-Politik enthalten. (Abg. Graf Westarp. (Deutschn. Vp.): In meinen Reden habe ich diese Verantwortung ausdrücklich abgelehnt. Ich habe mich nicht an Ihre Reden, sondern an das von Ihnen unterschriebene Dokument. Graf Westarp hat selbst erkennen müssen, dass der sozialdemokratische Reichskanzler die bisherigen aussenpolitischen Stagnation dadurch in ein Ende gebracht hat, dass er an die Franzosen die klare Frage richtete, ob sie nun aus dem Rheindahl hinausgehen wollen oder nicht. Als die Deutschnationalen in der Regierung traten, haben sie keinen Versuch dieser Art unternommen. Die von Graf Westarp getadelten „Sonderverhandlungen“ von Georg Bernhard und mir in Genf waren in Wirklichkeit private Unterhaltungen, wie sie zur Aufgabe der parlamentarischen Delegationsmitglieder gehören und wie sie auch der deutschnationale Abg. Hoetsch immer geführt hat. (Hört, hört! links.) Wenn Graf Westarp sich dies vertritt, so überschätzt er seine Kompetenz. Für uns gilt nicht das Wort: „Der Graf hat's befohlen“ oder „Der Graf hat's erlaubt!“ (Heiterkeit.) In der Abrüstungsfrage sehe ich nicht die Kardinalfrage.

Wir danken dem Grafen Bernstorff für seine eifrige Arbeit in der Abrüstungskommission, wir hoffen, dass er diese Arbeit recht lange fortführen wird. (Beifall.) Selbst wenn aber die Abrüstungskonferenzen mehr Erfolg haben würden, als sie bisher hatten, so würde doch die Differenz in der Rüstung zwischen uns und den übrigen Mächten noch immer sehr gross sein. Uns ist wichtiger als die Abrüstungsfrage die Ordnung der Idee der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. Den Kellogg-Pakt übersetzen wir nicht. Er ist eine schöne und gute Geste, aber er hat manche Mängel. Das Wesentliche ist, dass die Völker hinter ihm stehen, nicht nur die Regierungen, sondern die Völker den Krieg als internationalen Verbrechen bekämpfen.

Wir begrüssen es, dass Dr. Stresemann nach langer Krankheit die Geschäfte wieder übernommen hat.

Wir hoffen, dass er mit frischen Kräften an die bevorstehenden grossen Aufgaben herangeht. Wir erwarten, dass er von dem bisher beschrittenen Wege der Aussenpolitik nicht abweichen wird. Zu dem vom Zentrum Abgeordneten Schreiber ausserhalb des Hauses an der Zusammenkunft des Auswärtigen Amtes geübten Kritik muss ich sagen: Wir können unsere diplomatischen Vertreter nicht nach Konfessionen und Weltanschauungen unterscheiden, sondern nur nach der Fähigkeit. Wenn sollten wir einst nach Konstantinopel schicken? (Heiterkeit.) Soll nach Ostoska ein Absteig gehen, nach Jerusalem ein Katholik oder ein Jude? (Heiterkeit.) In einer Beziehung brauchen wir allerdings eine Reform. Der diplomatische Dienst darf nicht nur den sitzenden Kreisen offen stehen, sondern muss tüchtigen Kräften auch aus der Arbeiterschaft und den Mittelschichten geöffnet werden.

Bei den bevorstehenden Sachverständigenberatungen zur Reparationsfrage muss vor allem berücksichtigt werden, was Deutschland zu leisten vermag, ohne den Lebensstandard seiner Arbeiter noch mehr als jetzt zu drücken. Graf Westarp war sehr vorsichtig, als er sich auf den Grossen Kurfürsten berief, dessen Fürst hat sich von den Franzosen bestechen lassen und er hat ihnen verdrängt gegen den deutschen Kaiser. Wir haben uns in anderem Sinne ab gute Deutsche. Wir sind nicht stolz auf den Zufall unserer Geburt. Stolz sein wollen wir auf unser Deutschland, wenn dieses Deutschland in den Arbeiten und der Tätigkeit für den Frieden der Menschheit an der Spitze anerschert. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Emminger (Bayer. Vp.):

Beim Abschluss des Kellogg-Paktes war es eine unannehmerable Begleiterscheinung, dass die tschechoslowakische Grenztruppen zusammengezogen. Die Bedeutung des Kellogg-Paktes ist unstrittig. Er wird soviel bedeuten, wie die Vereinigten Staaten aus ihm machen wollen. Seit den vierzehnten Punkten ist das Vertrauen des deutschen Volkes auf ameri-

kanische Hilfe recht gering geworden. Wir sehen zwar in dem Kellogg-Pakt einen Fortschritt, aber noch nicht den Übergang zum Pazifismus, der jede Rüstung unsererseits überflüssig machte. Wir stehen in einer Krise des Völkerbundes, hervorgerufen durch Sonderbindnisse, die im Widerspruch zum Völkerbundsgedanken stehen, und durch das Versagen in der Abrüstungsfrage. Wenn auch

#### das englisch-französische Rüstungsabkommen

für die Flotte nicht zustande gekommen ist, so scheint es doch für die Landarmee zu bestehen. Wir sind unserer Bevölkerungszahl nach eine Grossmacht, aber wir müssen uns die Anerkennung als solche erst erkämpfen, wenn auch nicht mit kriegerischen Mitteln. Im deutschen Volke hat nie ein Hassgefühl gegen die Franzosen bestanden, auch in der Kriegszeit nicht. So entstanden durch das Voraussetzen für die Locarno-Politik. Die sentimentale Locarno-Politik hat durch die letzten Ereignisse einen harten Stoss erlitten, aber die realpolitische Seite von Locarno ist unverändert geblieben. Wir müssen daran festhalten, denn die Garantie der Sicherheit unserer Westgrenze ist auch für uns ein Vorteil. Friede, Freiheit, Gleichberechtigung!

Abg. von Sybel (Christlichnat. Bauernpartei)

wendet sich gegen jeden Kuhhandel in der Räumungs- und Reparationsfrage. Der Redner fordert in der Sachverständigenausschuss auch einen Vertreter der Landwirtschaft aufzunehmen. Eine Zahlungsverpflichtung Deutschlands könne überhaupt nicht mehr anerkannt werden. Die Rentabilität der Landwirtschaft sei auch durch die falsche Politik der deutschen Regierungen untergraben worden. Lassen Sie es nicht dahin kommen, so ruft der Redner aus, dass das proletarisierte Landvolk über die Köpfe der Führer hinweg in seiner Verzweiflung nach proletarischen Kampfmitteln rufe!

Abg. Best (Volksrechtspartei)

erklärt dem deutschnationalen Redner gegenüber, nicht der Dawes-Plan sei die Ursache der schweren Belastung der deutschen Wirtschaft, sondern umgekehrt sei der Dawes-Plan darauf zurückzuführen, dass nach der Geldentwertung irgendein Ausweg gesucht werden musste. Die schweren Lasten, die Deutschland auferlegt werden, seien damit begründet worden, dass Deutschland ja mit einem Federstich seine innere Verschuldung erledigt hätte. Bei den Sachverständigenberatungen zur Reparationsfrage müssten auch die Aufwertungsgebläuber zu Worte kommen.

Abg. Dr. Schreiber (Zentr.)

geht auf die Ausführungen des Abg. Breitscheid über die Reformvorschlüge für die Besetzung des Auswärtigen Amts ein. Wir wollen allerdings, so führt er aus, dass das kulturelle Moment im Dienst des Auswärtigen Amts mehr als bisher betont werde. Mit den Sozial- und Kulturattachés allein ist die Forderung nicht erfüllt. Dr. Breitscheid hat ja auch die einseitige Besetzung des Auswärtigen Amts bedauert.

Wir wollen nicht, dass im Auswärtigen Amt Familienfideikomisse errichtet werden.

Die Sozialdemokraten leiden ja auch darunter, dass sie im Auswärtigen Amt weltanschaulich zu kurz kommen. Wir wollen, dass auch bei der diplomatischen Vertretung Deutschlands die Imponderabilien der Weltanschauung zur Geltung kommen. Das kann der Wirkungsstärke der deutschen Diplomaten nur nützen. Im Ausland wird der Zusammenhang von Religion und Kultur viel stärker empfunden als hier. Wir Katholiken, die wir gerade im Grenzland und im Ausland deutschem eine grosse Mission erfüllen, wollen diese Imponderabilien nicht unberücksichtigt lassen (Beifall im Zentrum.)

Damit schliesst die Aussprache. Die Anträge, die sich auf das besetzte Gebiet beziehen, werden dem Haushaltsausschuss und dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen. Der nationalsozialistische Antrag auf Einstellung oder Verminderung der Dawes-Zahlungen wird gegen die Nationalsozialisten, Kommunisten und die Christlichnationalen Bauernpartei abgelehnt.

Der Antrag auf namentliche Abstimmung über das von den Nationalsozialisten und der Christlichnationalen Bauernpartei gegen Dr. Stresemann eingebrachte Misstrauensvotum wird zu nächst von den Antragstellern und den Deutschnationalen, dann unter grosser Heiterkeit der Mehrheit auch von den Kommunisten unterstützt.

In der namentlichen Abstimmung wird der Misstrauensantrag mit 219 Stimmen gegen 98 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Kommunisten und der Christlichnationalen Bauernpartei bei 3 Stimmenenthalten abgelehnt.

Um 4½ Uhr vertagt sich das Haus auf nächsten Dienstag, 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen kleinere Vorlagen.

## Der Fall Reinke.

Rechtsanwalt Dr. Günther Grzimek, Mitglied des preussischen Landtages.

Wenn es noch eines Aufsehens erregenden Falles bedürft haben sollte, um der Todesfrage in Deutschland den Todesstoss zu geben, dann liegt dieser Fall jetzt vor. Es handelt sich um den Fall Reinke, mit Bezug auf den sämtliche Parteien des preussischen Landtags dahin gestimmt haben, dass die Verurteilte unverzüglich aus der Haft entlassen werden möchte. Der Grund? Weil sie alle die Ueberzeugung gewonnen haben, dass das Urteil überaus schwach motiviert sei, dass ein auf Todesstrafe lautendes rechtskräftiges Gerichtsurteil auf so wenig schlagenden Gründen, auf so wenig Beweiskraft beruhe, dass es nicht weiter vollstreckt werden dürfe (die Verurteilte war inzwischen zu Zuchthaus begnadigt). Der Fall liegt deshalb so einzigartig, weil es hier unter den verschiedenen politischen Richtungen nicht eine einzige gibt, die das Urteil für ausreichend, den Gerichtspruch für genügend fundiert hält. Im Falle Reinke haben von den Deutschnationalen alle Richtungen bis zu den Kommunisten die Möglichkeit eines Fehlschlusses, und das im Falle eines Todesurteils, ausdrücklich anerkannt. Sie haben im Ausschuss das positiv getan, und kürzlich hat auch das Plenum des Landtags ohne Widerspruch irgendeiner Partei dem Ausschussantrag zugestimmt.

Wer könnte, nachdem seine eigenen politischen Vertrauensleute eine solche Entscheidung mitgefällt haben, noch an der Feststellung vorbeigehen, dass alles — eben auch Gerichtsurteile — nur Menschenwerk ist, Irrtümern unterliegt, und keine Straftat bestehen darf, nach deren Vollstreckung eine Wiedergutmachung unmöglich ist!

Kurz sei der Fall selbst geschildert:

Zehn Jahre lang arbeitete die Frau Anna Reinke geb. Wolff auf einer kleinen Wirtschaft. Sie hatte Haushalt und alle Arbeiten, die Acker und Stall erfordern, unter sich. Die übrigen weiblichen Hilfen wechselten immer sehr rasch. Es heisst, dass sie die anderen nicht duldet und bei dem Eigentümer ihre Entlassung durchsetzt. So ist sie 45 Jahre, der Eigentümer 60 Jahre alt geworden. Da geschieht das Unglück: eines Morgens findet man ein vierzehnjähriges Dienstmädchen in ihrer Kammer im Bett erdrosselt vor, mit einer Schlinge um den Hals.

Es ist 1924. Auf Grund der Emminger-Verordnung tritt nicht das Schwurgericht zusammen, sie wegen Mordes abzuurteilen, sondern eine Strafkammer in Greifswald. In einem umfangreichen Urteil wird sie des Mordes schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt. Das preussische Staatsministerium begnadigt sie zu lebenslänglichem Zuchthaus. Sie führt sich in der Straftat ausgezeichnet und wird zu zwölf Jahren Zuchthaus begnadigt. Fünf lange Jahre hat sie jetzt verbüsst.

Den Verteidiger lässt der Fall nicht ruhen. Der Rechtsanwalt Andrich in Greifswald erklärt immer wieder, dass er von der Unschuld seiner Mandantin überzeugt ist, und wendet sich jetzt, als alles andere nicht hilft, an den Rechtsausschuss des preussischen Landtags. Hier sitzen Vertreter aller Parteien. Eine grosse Zahl von Eingaben wird in jedem Jahre vor den gleichen Abgeordneten von einem von ihnen, der Berichterstatter ist, vorgelesen, von den Ministerialvertretern beleuchtet und dann entschieden. So entschieden, dass der Landtagsausschuss dem Plenum vorschlägt, ob das Staatsministerium um Eingriff im Einzelfalle ersucht wird oder nicht.

Eine ausserordentliche Spannung bemächtigte sich aller Parlamentsmitglieder des Ausschusses, als bei der Behandlung des Falles Reinke der Berichterstatter, der deutschnationale Abgeordnete Dr. Deering, im Zivilbüro Senatspräsident am Kammergericht, seine schweren Bedenken gegen das hier ergangene Urteil zum Vortrag brachte. Die Spannung steigerte sich, als es trotz geschickter und sachkundiger Vertretung des Standpunktes des Gerichts durch die Ministerialvertreter nicht gelang, die schweren Bedenken zu zerstreuen. Im Gegenteil: je tiefer man in die Urteilsgründe hineinstieg, je klarer durch Vortrag und Kritik die einzelnen Glieder des Indizienbeweises beleuchtet wurden, auf Grund dessen Frau